

**Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GLP/JGLP, Mitte, GFL/EVP, GB/JAI, AL/GaP/PdA (Bernadette Häfliger/Barbara Nyffeler, SP/Gabriela Blatter/ Marianne Schild, GLP/Vivianne Esseiva/Claudine Esseiva, FDP/Sibyl Eigenmann, CVP/Brigitte Hilty Haller, GFL/Therese Streit, EVP/Regula Bühlmann, GB/Eva Gammenthaler, AL/Zora Schneider, PdA): Den Pionierinnen ihren ständigen Platz geben!**

Am 7. Februar 1971 wurde in der Schweiz das Frauenstimmrecht eingeführt. Am 12. Dezember 1971 folgte der Kanton Bern, der das Frauenstimmrecht auf kantonaler und kommunaler Ebene gewährte. Zuvor hatte die Stadt Bern den Frauen schon 1968 das Wahl- und Stimmrecht eingeräumt.

Bereits im November 1970 wurde in einer Ersatzwahl die Frauenrechtlerin Ruth Im Obersteg Geiser (BGB, heute SVP) als erste Frau in den Gemeinderat gewählt. Sie war die erste Baudirektorin der Schweiz und blieb während 14 Jahren ab 1976 als Parteilose die einzige Frau in der Berner Exekutive. Im Jahr 1971 eroberten die ersten zehn Stadträtinnen einen Sitz im Parlament. Es waren dies Dora Bähler, FDP; Marie Boehlen, SP; Rosmarie Felber, CVP; Dora Larsson, EVP; Ursula Munsch-Brunner, JB; Margrit Probst, Härdlütli; Leni Robert-Bächthold, (damals FDP); Maria Schär-Lüthi, EVP; Silvia Schläpfer, FDP und Elisabeth Schmid-Frey, FDP.

Einige dieser Frauen prägten die Stadt, den Kanton und die Schweiz stark. Maria Schär von der EVP präsidierte zum Beispiel 1983 nach 77 Männern als erste Frau den Berner Stadtrat. Marie Boehlen von der SP, war erste Präsidentin der SP Frauen. Sie machte sich jedoch schon früher als erste vollamtliche Jugendanwältin der Schweiz einen Namen, da sie eine neue Sanktionsmethode und Strafvollzugsform einführte, die bei der Teilrevision des schweizerischen Strafgesetzbuches 1971 berücksichtigt worden ist. Unter den ersten Stadträtinnen befand sich ebenso Leni Robert, welche 1986 als erste Frau (in der Zwischenzeit als Mitglieder der Freien Liste) in den Berner Regierungsrat gewählt worden ist. Die Fürsprecherin Rosmarie Felber von der CVP war später als Grossrätin Vizepräsidentin der PUK, welche die Berner Finanzaffäre aufgeklärt hat.

Anlässlich der Volksabstimmung vom 14. Juni 1981 wurden Frauen und Männer auch in der Bundesverfassung gleichgestellt. 1993 fand die Gleichberechtigung von Mann und Frau auch in der neuen Verfassung des Kantons Bern Eingang. Im März 2017 waren im Stadtrat Bern erstmals gleich viele Frauen wie Männer vertreten und bei den Wahlen vom 29. November 2020 errangen die Berner Frauen bei den Stadtratswahlen fast 70 Prozent der Sitze.

Die Einführung des Frauenstimmrechts war das Resultat jahrzehntelanger Kämpfe von mutigen Frauen und solidarischen Männern. Frauen, die sich für die Gleichberechtigung einsetzten, wurden immer wieder diffamiert, ausgegrenzt und kämpften trotzdem weiter. Der Erfolg der Frauen bei den letzten Stadtratswahlen ist nicht zuletzt auf den Mut und das Engagement der Pionierinnen zurück zu führen. Diese Frauen sind der jungen Generation Vorbild und haben den Weg dafür geebnet, dass die politische Partizipation von Frauen im Jahr 2021 immer mehr selbstverständlich wird. Die Pionierinnen sollen als Zeichen der Anerkennung einen festen und bleibenden Platz am ständigen Tagungsort des Stadtrats im Rathaus bekommen.

Für die ersten gewählten Frauen im Stadt- und Gemeinderat soll ein Schild an ihrem ehemaligen Sitzplatz oder ein anderes Zeichen im Rathaus oder im Erlacherhof angebracht werden. In der Hoffnung darauf, dass die Stadtberner Stimmbürger\*innen bald die erste Stadtpräsidentin wählen werden, soll zu diesem Zeitpunkt dann auch ein Schild für sie angebracht werden.

Erstunterzeichnende: Bernadette Häfliger, Barbara Nyffeler, Gabriela Blatter, Marianne Schild, Claudine Esseiva, Vivianne Esseiva, Sibyl Martha Eigenmann, Brigitte Hilty Haller, Therese Streit-Ramseier, Regula Bühlmann, Eva Gammenthaler, Zora Schneider

Mitunterzeichnende: Katharina Gallizzi, Salome Mathys, Bettina Jans-Troxler, Mirjam Roder, Tanja Miljanovic, Marcel Wüthrich, Lukas Gutzwiller, Francesca Chukwunyere, Michael Hoekstra, Ursina Anderegg, Simone Machado, Alina Irene Murano, Valentina Achermann, Nadja Kehrl-Feldmann, Sara Schmid, Diego Bigger, Fuat Köçer, Ayse Turgul, Rafael Egloff, Laura Binz, Seraina Patzen, Rahel Ruch, Nora Joos, Lea Bill, Franziska Geiser, Corina Liebi, Sarah Rubin, Bettina Stüssi, Nicole Cornu, Lena Allenspach, Anna Leissing, Ingrid Kissling-Näf, Timur Akçasayar, Daniel Rauch, Michael Sutter, Katharina Altas, Edith Siegenthaler, Mohamed Abdirahim, Eva Krattiger, Jemima Fischer, Simone Richner, Dolores Dana, Tom Berger, Florence Schmid, Yasmin Amana Abdullahi, Janina Aeberhard, Jelena Filipovic

### **Antwort des Gemeinderats**

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung bei ihm.

Die Erlangung des Stimm- und Wahlrechts war in der Tat ein jahrzehntelanger, harter Kampf mehrerer Generationen von Frauen und musste schliesslich auf jeder politischen Ebene in zahlreichen Abstimmungen erstritten und von den männlichen Stimmbürgern angenommen werden. Im Kanton Bern wurde die Einführung des fakultativen Frauenstimmrechts auf Gemeindeebene 1956 in einer Volksabstimmung abgelehnt, während die Stadtberner Stimmbürger diesem damals bereits zugestimmt hätten. Ebenso scheiterte die nationale Abstimmung über die politischen Rechte von Frauen 1959, erst 1971 gelang endlich der Durchbruch. Nach der Annahme des kantonalen Gesetzes über das Gemeindewesen am 18.2.1968, das Gemeinden ermächtigte, den Frauen die politischen Rechte in Gemeindeangelegenheiten zu gewähren, gelang Ruth Im Obersteg Geiser 1970 bei einer Ersatzwahl auf Anhieb der Sprung in den Gemeinderat.

Im Mai 2018 luden die Stadtratspräsidentin und der Stadtpräsident alle ehemaligen Gemeinde- und Stadträtinnen und den amtierenden Gemeinde- und Stadtrat zu einer Feier zu 50 Jahren Frauenstimm- und Wahlrecht in der Stadt Bern ins Rathaus ein. Vor über 200 städtischen Politikerinnen und weiteren Gästen würdigte alt Bundesrätin und ehemalige Stadträtin Ruth Dreifuss diesen bedeutenden demokratiepolitischen Schritt.

Im Rahmen des Hauptstadtkultur-Kredits unterstützt der Gemeinderat zudem das Projekt «Hommage 2021», das im August 2021 mit einer musikalischen Grossbildprojektion auf dem Bundesplatz die eigenständige Geschichte der Schweizerinnen als Hommage an die Demokratie inszeniert. In der Altstadt wurden in 50 Porträts Pionierinnen aus allen Landesteilen geehrt.

Der Gemeinderat unterstützt das Anliegen der Motion. Er weist dabei auf die ähnlich lautende kantonale Motion 201-2019 vom 2. September 2019 hin, die ebenfalls verlangt, die ersten in den Grossen Rat des Kantons Bern gewählten zehn Parlamentarierinnen und die erste Regierungsrätin zu ehren. Der Regierungsrat hat sich im Januar 2020 für die Annahme der Motion in Form einer Richtlinie ausgesprochen, deren Umsetzung ist bereits im Gange. Der Gemeinderat ist bereit, beim Kanton, in dessen Eigentum das Rathaus ist, abzuklären, ob die Möglichkeit für ein gemeinsames Vorgehen besteht, was das Anbringen der Schilder an den Sitzplätzen im Ratssaal betrifft. Das

scheint insofern zweckmässig, als es unter den ersten Stadträtinnen solche gibt, die ihre politische Laufbahn als erste Grossrätinnen oder, wie später Leni Robert, als erste Regierungsrätin des Kantons Bern weitergeführt haben.

Sollten die Umsetzungsarbeiten im Kanton bereits so weit fortgeschritten sein, dass eine Berücksichtigung der Stadtberner Politikerinnen nicht mehr möglich ist, wird der Gemeinderat nach einer geeigneten Alternative im Sinne des Motionsanliegens suchen. Allerdings wird dies nicht mehr im Jubiläumsjahr 2021 möglich sein.

### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 30. Juni 2021

Der Gemeinderat